

Pedrazzini: «Die FAK ist ja für das geschaffen worden»

VADUZ. Liechtenstein braucht mehr Kita-Plätze. Die Regierung sucht momentan nach Wegen, wie ein Ausbau finanziert werden könnte. Eine Arbeitsgruppe hat sich über ein Jahr mit diesem Thema befasst und kürzlich einen Bericht zuhanden der Regierung verabschiedet. Fazit des Berichts: Die Überschüsse der Familienausgleichskasse (FAK) könnten in Zukunft für die Finanzierung der Kindertagesstätten eingesetzt werden. Die Regierung würde diese Lösung begrüßen, wie sie bereits vor einer Woche mitteilte.

«Jene mit Kindern profitieren»

Gestern erklärte Regierungsrat Mauro Pedrazzini auf Radio L noch einmal, dass es durchaus Sinn machen würde, die Überschüsse der FAK (jährlich rund 2 Millionen Franken) für Kindertagesstätten einzusetzen. Schon der Name Familienausgleichskasse habe ja etwas mit Kindern und Familie zu tun, so Pedrazzini. In Zeiten eines angespannten

Staatshaushaltes wäre auch denkbar, diese Überschüsse anderweitig einzusetzen, immerhin würde bei den Kitas nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitieren. Pedrazzini entgegnet, dass die FAK extra für Familien und Kinder geschaffen wurde: «Alle zahlen ein und es profitieren jene, die Kinder haben.»

Mauro Pedrazzini schliesst nicht aus, dass trotz staatlicher Unterstützung in Zukunft auch die Eltern stärker zur Kasse gebeten werden. In der Schweiz beispielsweise zahlen Eltern rund 30 Franken mehr für einen Kita-Platz pro Tag. Es müsse auf jeden Fall überprüft werden, was in diesem Bereich noch möglich sei. Mehr Elternbeiträge bedeuteten schliesslich auch, dass mehr Kita-Plätze finanziert werden könnten.

Akutes Problem zuerst gelöst

Noch sind viele Fragen offen. Momentan erarbeitet das Ministerium für Gesellschaft einen Vernehmlassungsbericht für

eine Gesetzesänderung. Ziel ist es, dass mit einem neuen Finanzierungssystem auch all jene Anbieter von Kinderbetreuungseinrichtungen staatlich subventioniert würden, die erst nach dem Ausbaustopp auf den Markt kamen und bisher ohne staatliche Hilfe auskommen mussten. Dies seien rund 100 Plätze, die zusätzlich finanziert werden müssten.

Zu wenig Betreuungsplätze

Weiterhin nicht unterstützt werden Spielgruppen und Tagesmütter, hiess es auf Radio L. Mauro Pedrazzini sagte dazu, dass die Regierung nicht alle Probleme gleichzeitig lösen könne. Das akute Problem sei momentan, dass es zu wenig Betreuungsplätze in Kitas gebe; dieses werde zuerst angegangen. Greifen soll das neue Finanzierungssystem per 2016.

Dazu brauche es aber zunächst eine Gesetzesänderung, der auch der Landtag zustimmen muss. (jak)